Nacht-Telegramm.

Athen, 11. Mai. Der bisherige Minister des Innern des Kabinets Delijannis, Papamichalopulos, übernahm die Neubildung des Kabinets und wird dem Könige im Laufe des Abends die Ministerliste unterbreiten. Papamichalopulos hatte bisher verlangt, das Kabinet solle zunächst die Abrüstung veranlassen und dann zurücktreten. — Sechs englische Kriegsschiffe sind bei der Insel Zea und eins vor Patras eingetroffen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Grosse Auswahl
aller Arten sinniger und practischer **Geschenke** zu Hochzeits-, Geburtstags- und sonstigen Fest-Feierlichkeiten etc. etc. in gediegener **Bronce, Cuivre-poli, Terracotten** und **Majoliken** etc.
Bestellungen nach Ordre.
Fr. Pachtmann,
Schlossstr. 30 b.

Richard Zschunke
Dresden-A., Taschenberg 2.
Fabrik von
Korbwaaren und Strohtaschen
in den einfachsten bis zu den hochfeinsten Artikeln.

Ratanhia-Mundwasser-Zahntinctur,
heilkräftig, antiseptisch, erfrischend, Fl. 1 Mk., auf 12 Fl. 1 Fl. Rabatt.
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

Herren-Jaquets
in allen Grössen, von **Drell** à 3, 4, 5, 6 Mk., **schwarz Lustre** und **Mohair** 4¾, 6, 7, 8½ Mk., **grau Fancy** 6, 8, 8½ Mk., **schwarz Kammgarn** 12, 15 Mk., **Jagd-Joppen, Staubmäntel** à 7½ Mk.
Osc. Lehmann, Schloss-Strasse 21.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Anzüge, genau nach Maaß, **Tricot-Stoffe,** Meter von 12 Mark an. **Jean Schieme Nachf.,** Neustädter Rathhaus.

Nr. 132. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl.

Witterungsaussichten für den 12. Mai: Veränderlicher Wind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittl. Bewölkung, mit zeit- u. stellenweisen Niederschlägen. Temperatur wenig verändert. Neigung zu örtlicher Gewitterbildung.

Dresden, 1886. **Mittwoch, 12. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es war eine stattliche Mehrheit, 260 gegen 108 Stimmen, die im preußischen Abgeordnetenhaus die kirchenpolitische Vorlage endlich unter Dach und Fach brachte. Ein großes und schwieriges Stück Arbeit ist damit beendet worden. Es widerstrebt uns, auf die Sache selbst nochmals einzugehen; wir wollen jedoch nicht mit dem Ausdrucke der Befriedigung zurückhalten in der Hoffnung, daß der wiederhergestellte Kirchenfriede ein dauernder sei, daß er die Konservativen und das Centrum zu gemeinsamer sozialer Reformarbeit zusammenführe, daß die evangelische Kirche nicht in Bedrängniß gerathe!

Als Nachfolger des verstorbenen Herrn v. Möller im Unterstaatssekretariate des preußischen Handelsministeriums nennt man mit steigender Bestimmtheit den Präsidenten der Centralbodenkreditanstalt in Berlin, Dr. Jacobi. Dieser Name wurde von Haus aus mit Unglauben aufgenommen. Erstens würde sich Dr. Jacobi in seinen Einkünften wesentlich verschlechtern: als Direktor jener Kreditbank hat er 30,000 Mk. Jahreseinkommen, das sich aber in Wahrheit auf das Doppelte erhöht, und als Staatsdiener bezöge er nur 15,000 Mk. Ein solches Opfer bringt Niemand, wenn er nicht in anderer Weise dabei seine Rechnung findet. Dr. Jacobi schied vor einigen Jahren aus dem preußischen Staatsdienst aus, weil ihn das hohe Gehalt als Bankdirektor lockte und er sich zudem nicht mit der schutzzöllnerischen Richtung einverstehen konnte. Dr. Jacobi war und ist noch ausgesprochener Freihändler, Schüler und Anhänger Delbrück's. Und jetzt sollte er mit freihändlerischen Ansichten unter einem schutzzöllnerischen Chef (Fürst Bismarck) in das preußische Handelsministerium treten? Das ist doch undenkbar. Entweder hat sich Dr. Jacobi zum Schutzzöllner bekehrt oder er steckt seine freihändlerischen Ansichten einstweilen in die Tasche, um sie zu passender Stunde wieder herauszuziehen. Jedenfalls interessirt sich das internationale Börsenkapital wesentlich dafür, daß Dr. Jacobi selbst unter Verschlechterung seines Einkommens von 60,000 auf 15,000 Mk. wieder in den Staatsdienst tritt, und Das ist allemal verdächtig. Als preußischer Unterstaatssekretär des Handelsministeriums würde Dr. Jacobi im deutschen Bundesrathe gar bald eine Rolle zu spielen wissen.

Nach lebhaftem Widerstreben hat der König von Griechenland den Rücktritt des Ministeriums Delijannis angenommen und mit der Führung der Staatsgeschäfte den Präsidenten der Deputirtenkammer, Rikaki, beauftragt. König Georg handelt ganz untadelhaft als Fürst eines Verfassungsstaates. Er sagte dem Minister, der die Suppe eingebrockt: Iß sie nur auch aus! Delijannis entwindet sich aber dieser nur ganz gerechtfertigten Zumuthung und überläßt Anderen, das Land aus der von ihm geschaffenen verworrenen Lage zu befreien. Einer Volksversammlungs-Deputation hatte Delijannis erklärt: lieber lasse er sich die Hände abhauen, ehe er den Befehl zur Abrüstung unterzeichne! und der Prahlhans kommt durch seinen Rücktritt in die seltene Lage, einmal sein Wort halten zu müssen. Doch, es ist wichtiger, sich um den neuen Minister zu kümmern. Die Aufgabe, die ihn erwartet, erfordert einen ganzen Mann und sehr viel selbstverleugnenden Patriotismus. Er wird die aufgehetzten Volksleidenschaften wieder zu beschwichtigen haben. Griechenland riskirte sein verwogenes Spiel deshalb so lange, weil es wußte, daß die Türkei trotz aller Reizungen ihre Langmuth nicht verlieren, die Großmächte aber der Türkei verwehren würden, sich durch Eroberungen in Griechenland schadlos zu halten. Umgekehrt hoffte Griechenland, daß irgendwie und irgendwo ein unvorhergesehener Zwischenfall eintreten würde, der die Türken nöthigte, die von Griechenland beanspruchten Gebietstheile freiwillig zu räumen, worauf die hellenischen Truppen, ohne einen Schuß abzufeuern, als „Sieger" einrücken könnten. Ein solcher Zwischenfall tritt aber eben nicht ein, selbst Frankreich hält sich zwar außerhalb des europäischen Konzerts, aber nicht im Gegensatze dazu. Europa wird freilich die Geduld nicht verlieren dürfen. Es ist nicht das erste Mal, daß eine Balkanfrage durch Geduld, Zusammenhalten und die Friedensliebe der Großmächte friedlich ausgetragen wurde. Man erinnere sich nur der sich Monate lang hinschleppenden Tulcignofrage.

Der große Arbeiterstreik in den Vereinigten Staaten ist das Ergebniß der großen Handelskrisis, die seit 1884 so viele Opfer fordert und die ihrerseits wieder eine Folge des ungeheuerlichen Börsenschwindels ist. Im Mai 1886 brach zuerst das Bankhaus Grant und Ward in New-York, am nächsten Tage die Marinebank zusammen, dann fallirten im Laufe einer Woche mehr als 190 Etablissements mit einem Kapital von Hunderten von Millionen Dollars und rissen eine Unzahl von Industrien, Konsortien u. s. w. in ihren Sturz hinein. Die nächste Folge davon waren Lohnherabsetzungen fast über die ganze Union, und zwar von 5 bis 20 Prozent. Die Arbeiter antworteten durch Massenstreiks, so die Weber in Philadelphia, die Grubenarbeiter in Pennsylvanien, die Cigarrenmacher in Cincinnati u. s. w. Von Letzteren streikte eine Zahl von 1100 Köpfen 10 Monate lang; sie erhielten die Woche 5 Dollars Unterstützung. Die Bewegung der Eisenbahnarbeiter endlich ist die Folge des unsinnigen Konkurrenzkampfes der Hauptlinien nach dem Westen, welcher dem alten Vanderbilt nicht weniger als 14 Millionen Dollars in einem Jahre (1884) kostete und den Preis für das Emigrantenbillet von New-York bis Chicago, 918 englische Meilen weit, auf einen Dollar oder vier Mark herunterdrückte, die Frachtsätze dagegen so hoch schraubte, daß die Fracht für den Bushel Weizen von Michigan bis New-York beinahe anderthalb Mal so viel kostete, als der Weizen selbst. Der Kampf dauerte bis Mai 1885; jetzt zeigt sich der Rückschlag: die Unternehmer müssen zu Lohnherabsetzungen greifen und die Arbeiter entgegnen mit Massenstreiks, die den Anarchisten Wasser auf die Mühle liefern. So führt eine ununterbrochene Kette von Wirkungen von dem Börsenschwindel direkt bis zur Revolution. Die gewaltsame Niederwerfung der Arbeiter-Emeuten kann nicht ausbleiben, ist zum großen Theil schon eingetreten und liegt in der Natur der Dinge.

Ist denn diese traurige Kette nothwendig? Der Bund der „Arbeitsritter" unternahm einen ehrenwerthen Versuch, die Uebermacht der im Börsenschwindel gipfelnden Kapitalherrschaft einzuschränken. So viel man übersehen kann, hat jedoch der Bund der Arbeitsritter die Probe seiner Leistungsfähigkeit nicht bestanden. Zunächst war eine Klage des Großmeisters Powderly sehr auffällig, worin derselbe Beschwerde führte, daß er bei den Rittern nicht mehr rechten Gehorsam fände und wenn er mit der Amtsniederlegung drohte. Sodann mußte es die Centralleitung des Ordens erleben, daß trotz aller Abmahnung am 1. Mai ein riesiger Streik zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages ausbrach. Der Großmeister hatte in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht, daß mehrere Streiks mißglückten, er warnte daher entschieden vor dem Ausbruche eines allgemeinen Streiks am 1. Mai. Aber Powderly und andere maßvolle Arbeiterführer mußten die alte Erfahrung machen, daß es leichter ist, die Massen auf- als sie dann wieder abzuwiegeln. Gerade den Arbeitsrittern war seit guten 1½ Jahren vorgeredet worden: am 1. Mai 1886 wird gestreikt, nun halten sie auch an diesem Tage fest. Da mögen nun die gemäßigten Führer kommen und den Arbeitern zehnmal sagen: Kinder, die Zeit und Umstände sind ungünstig, sind gegen uns, wir müssen unterliegen, arbeitet einstweilen ruhig weiter! — die aufgeregten Volksmassen hören dann nicht auf das Kommando ihrer klügeren Führer, sondern legen dann auf eigene Faust die Arbeit nieder. Da kommen nun die Sozialdemokraten und Anarchisten und beuten jedes auf seine Weise die Bewegung aus. Eine so riesige Organisation wie der Bund der Arbeitsritter hat also im Augenblick der Anwendung versagt. Kein einzelner Mensch und sei er noch so genial, nicht einmal eine ganze Gruppe von Männern, ist im Stande, die Leitung einer Organisation von solcher Massenausdehnung in seiner Hand zu vereinigen, friedlich weiter- und zum Vortheil des Ganzen durchzuführen. Es kommt da allemal die Stunde, wo die Massen nicht weiter gehorchen wollen, wo sie dann ihre Führer fortreißen oder bei Seite schieben und wo eine im Grundgedanken berechtigte Arbeiterbewegung zu Gewaltthaten, Verbrechen und Anarchie führt, die zuletzt in einem Meere von Blut und Thränen erstickt wird. Dasselbe Schicksal würde auch die Sozialdemokratie erleben. Nun fällt die gescheiterte Streikbewegung in ihrer ganzen Schwere auf die Arbeiter zurück. Nicht die bloße Selbsthilfe der Arbeiter, nicht Massenstreiks, sondern schrittweise gesetzgeberische Reformen sind im Stande, eine verbesserte soziale Ordnung herzustellen, die dem Arbeiter wie dem Arbeitgeber gleichzeitig gerecht wird. Die Einseitigkeit des Vorgehens der Arbeiter schadet ihnen sogar mehr.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Mai.

Berlin. Preußisches Abgeordnetenhaus. Die Berathung des Lehrerauseinandersetzungsgesetzes für Westpreußen, Posen und die Regierungsbezirke Oppeln wird fortgesetzt. Abg. Hobrecht (nat.-lib.): In der Kommission sei zugegeben, daß die Vorlage eine Verfassungsänderung bedinge. Ob die Aenderung in diesem Gesetze oder in einer besonderen Vorlage erfolge, sei gleichgültig. Die Vorlage habe keine feindliche Tendenz gegen die Polen; sie bezwecke nur die Verbreitung der deutschen Sprache, deren Kenntniß den Polen schon aus wirthschaftlichen Rücksichten nothwendig sei. Die Vorlage gebe der Unterrichtsverwaltung die Möglichkeit der Lehrerversetzung, was für den vorgesehenen Zweck von großer Wichtigkeit sei. — Abg. Dr. Windthorst (Centr.) bedauert, daß, nachdem soeben ein eminentes Friedenswerk erledigt worden, das Haus mit dieser Vorlage sich befassen müsse. Er sei damit einverstanden, daß jedes in Preußen geborene und erzogene Kind Deutsch sprechen lerne. Dies geschehe schon jetzt, wie die Herren aus Polen hier bewiesen, die in deutscher Sprache eine Beredtsamkeit entwickelten, um die er sie beneide. Man mache diese Vorlage zur Bekämpfung des Polonismus, dessen Umsichgreifen noch gar nicht bewiesen sei. Es handle sich hier um ein Ausnahmegesetz der schreiendsten Art. Das Gesetz wirke präjudizirend für die Zukunft und bahne den Weg für die Herrschaft des Staates über die Schule, für die Verdrängung des Einflusses der Familie und der Kirche auf die Erziehung. Man werde durch dieses Gesetz gegen den Polonismus nichts erreichen. Man werde damit nur den Widerstand wachrufen und wenn die Männer schweigen, werden die Frauen mit der ihnen eigenen Zähigkeit auftreten. Dieser Kampf werde ein langer und schwerer sein; er werde in demselben aber noch mehr Bundesgenossen haben, als in dem Kulturkampfe. Dieses Gesetz bringe die Lehrer in die größte Abhängigkeit von der Regierung und mache sie zu Würfeln in der Hand derselben. Es werde ein unerhörtes Maß von Spionage, von gegenseitigem Mißtrauen zwischen Lehrern und Eltern, Lehrern und Geistlichkeit ꝛc. geschaffen, das unerhört sei. Er bitte, die Vorlage und alle dazu gestellten Anträge abzulehnen (Beifall). — Minister v. Goßler: Von den großen Fragen der Konfessionalität, Freiheit des Unterrichts und dergleichen, sei bei dieser Vorlage gar nicht die Rede. Was die Verfassungsfrage anlange, so bestimme die Verfassung, daß die Anstellung der Lehrer durch den Staat erfolgen solle; in dieser Beziehung schaffe die Vorlage also einen verfassungsmäßigen Zustand. Die Behauptung, die Lehrer sollten abhängige Werkzeuge in der Hand der Regierung werden, sei ganz hinfällig; die Lehrer wünschten, Staatsbeamte zu werden, da sie als solche in der Regel weniger abhängig sein würden, als sie es als Kommunalbeamte seien. Der Abg. Dr. Windthorst habe eine starke Renitenz seitens der polnischen Bevölkerung gegen das Gesetz angekündigt. Dieser Wink werde bei dem Ansehen, das Dr. Windthorst in jener Bevölkerung besitze, wahrscheinlich befolgt werden; das könne ihn aber nicht veranlassen, einen als richtig erkannten Weg aufzugeben. (Beifall). — Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (frei-kons.): Die heutige Rede Windthorst's habe bewiesen, daß Diejenigen Recht hatten, welche es bei der Berathung der kirchenpolitischen Vorlage aussprachen, daß mit der Beseitigung eines Kampfobjektes sofort ein neues dergleichen hervorgesucht werden würde. — Abg. v. Stablewski (Pole) bekämpft die Vorlage, welche die Vernichtung der polnischen Nationalität bezwecke. Diese werde indessen nicht gelingen. — Abg. Wehr-Konitz (nat.-lib). tritt für die Vorlage ein; er wünscht eine weitere Entlastung der Gemeinden von Schullasten. — Abg. Meyer-Breslau erklärt sich gegen die Vorlage und beantragt die Beschränkung des Gesetzes auf die zweisprachigen Schulen. — Bei der Abstimmung wird § 1 unverändert, § 2 mit den Amendements angenommen, welche die Wirksamkeit des Gesetzes in Westpreußen einschränken. Morgen: Fortsetzung des Antrags Knebel, Maßnahmen gegen den Wucher betr.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin beabsichtigen der Eröffnung der Jubiläums-Kunstausstellung am 23. d. beizuwohnen. — In der Offiziers-Steuer-Kommission des Abgeordnetenhauses beantragte Abg. v. Huene, daß das Heirathsgut und der bis zum Inkrafttreten des Gesetzes in die Ehe getretenen Offiziere von der kommunalen Steuer frei bleiben soll. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm den Rest des Nachtragsetats an, darunter namentlich 2 Millionen Mark für Elementar-Schulbauten.

Berlin. Bei der heutigen Stadtverordneten-Ersatzwahl wurde der fortschrittliche Baumeister Wohlgemuth mit 273 Stimmen gegen den Kandidaten der Bürgerpartei, Bankier Rösner, welcher 114 Stimmen erhielt, gewählt. — Das Schloß Herrenchiemsee soll an den Kaiser von Oesterreich verkauft worden sein.

München. Die Stellung des Ministers v. Feilitzsch ist, wie verlautet, erschüttert. Mit dem Ministerial-Direktor v. Ziegler soll wegen Wiedereintritts in das Kabinets-Sekretariat verhandelt werden.

Wien. Die Gerüchte, die Regierung beabsichtigte die Verstaatlichung des Lloyd, werden dementirt.

Paris. In diplomatischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die drei russischen Schiffe bei der Blokade der griechischen Küsten im Reservegeschwader verbleiben werden; die Durchführung der Blokade würde hauptsächlich England übernehmen.

Paris. Die 3fache Ueberzeichnung der 900 Mill.-Anleihe wird als großartiger Erfolg gefeiert. Thatsächlich betheiligte sich indessen das große Publikum mit kleinen Ersparnissen wenig und ist der fiktive Erfolg hauptsächlich durch Spekulationszeichnungen der Bankhäuser und Bankiers erzielt. Die Kommunards und Anarchisten bereiten für die diesjährigen Gedenktage der blutigen Maiwoche besondere Manifestationen vor. Die Regierung ist entschlossen, revolutionären Versuchen energisch entgegenzutreten. — Im südlichen und mittleren Theile von Frankreich werden Arbeiteraufstände immer allgemeiner. Die Grubenarbeiter von Decazeville beschlossen, den Streik fortzuführen. In Mulatière bei Lyon haben blutige Auftritte zwischen Streikenden und die Arbeit fortsetzenden Arbeitern stattgefunden.

London. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Chamberlain und Gladstone gilt als ebenso groß wie zuvor. Gladstone wird die Abstimmung so lange als möglich verzögern in der Hoffnung, daß die lokalen liberalen Vereine einen Druck auf die liberalen Gegner der Vorlage ausüben werden. Selbst „Daily News" hegen ernste Besorgnisse für das Zustandekommen der Vorlage.

Petersburg. Das offenkundige Bestreben Frankreichs, sich die Sympathien Rußlands zu erwerben, wird mit Genugthuung hier aufgenommen. Man nimmt an, daß England, falls Frankreich in der Orientfrage auf Rußlands Seite tritt, isolirt dastehen würde, weil dann auch Deutschland die Hände gebunden wären.

Die **Berliner Börse** zeigte Anfangs eine vorwiegend feste Tendenz infolge der Annahme, daß sich Griechenland dem Willen der Mächte fügen werde, sowie infolge eines Gerüchtes von einer neuen Reise Hansemann's nach Petersburg in Sachen einer russischen Konvertirung. Bald schwächte sich indessen die Haltung, von Kreditaktien ausgehend ab, deren matte Tendenz auf eine beabsichtigte Fusion Wiener Bankinstitute und einer beschlossenen Produktionseinschränkung von ungarischen Mühlen zurückgeführt wurde. Diskonto ward relativ fest, deutsche Bahnen waren angeboten und schwächer, österreichische unbeachtet, spekulative Bergwerke in der zweiten Börsenhälfte empfindlich gedrückt. Fremde Renten zeigten sich fest. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen schwach, österreichische befestigt, Banken still, Bergwerke schwach; für Industrien zeigte sich lebhaftes Interesse. Deutsche Fonds waren fest. Von österreichischen Prioritäten waren 4proz. Gold gefragt. Privatdiskont 1¾ Prozent.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Kredit 225,87. Staatsbahn 184½. Lombarden 82½. Galizier 158½. Egyptier 70½. 4proz. Ungar. Goldrente —,—. Gotthardb. —. Dresdner Bank —. Diskonto 213,80. Kredit fan.

Wien, 11. Mai. Kredit 283,70. Staatsbahn 228,00. Lombarden —,—. Galizier —,—. Elbethal —. Ung. Gold 103,70. Mainz.

Paris, 11. Mai. Schluß. Rente 82,60. Anleihe 109,22. Italiener 98,50. Staatsbahn 463,75. Lombarden 228,75. do. Prioritäten —,—. Spanier 59½. Egyptier 350,00. Ottomanen 534,60. Neue Anleihe 81,87. Fest.

London, 11. Mai, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 101⅞. 1873er Russen 99½. Italiener 97½. Lombarden 9. Konv. Türken 15. 4proz. fundirte Amerikaner 128½. 4proz. Ungar. Goldrente 83½. Oesterr. Goldrente 91. Preuß. Consols 103½. Egyptier 68½. Neue Egyptier 98½. Ottomanbank 11½. Suez-Aktien 85. — Stimmung: Fest. — Wetter: Regen.

Breslau, 11. Mai, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 36,80, pr. Juni-Juli 37,70, pr. August-Septbr. 39,00. Roggen pr. Mai-Juni 135,50, pr. Juni-Juli 136,00, pr. Sept.-October 140,00. Rüböl loco pr. Mai-Juni 45,00. Kink umsatzlos. — Wetter: Schön.

Stettin, 11. Mai, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen matt, loco 146—156, pr. Mai-Juni 158,00, pr. Septbr.-October 163,00. Roggen matt, loco 125—130, pr. Mai-Juni 131,50, pr. September-October 136,50. Rüböl fest, pr. Mai-Juni 44,00, pr. September-October 45,60. Spiritus matt, loco 38,50, pr. Mai-Juni 38,60, pr. Juli-August 39,60, pr. August-September 40,50. Petroleum loco versteuert Usance 1½ Proc. Tara 11,25.

Amsterdam (Produktenm.), 11. Mai. (Schluß.) Weizen per Juni —, per November 218. Roggen per Mai 130, per October 137.

Lokales und Sächsisches.

— Wie verlautet, wird Se. Kgl. Hoheit Prinz **Friedrich August** am 1. nächsten Monats von hier aus eine größere Reise unternehmen, welche durch Oesterreich, Ungarn, Türkei, Italien, Frankreich, England ꝛc. sich erstrecken und etwa bis Mitte September währen soll. Das Eintreten des Prinzen in das in Großenhain garnisonirende Husaren-Reg. wird demnach erst am 1. Oktober erfolgen können.

— Aus Pillnitz schreibt man dem „Pirn. Anz.", daß am vergangenen Sonnabend bei einem Spaziergange, den Se. Kgl. Hoh. Prinz **Friedrich August** mit der Prinzessin **Mathilde** nach der zum Jagdrevier des Oberförsters Täger gehörigen Flur unternommen hatte, der Hund des Prinzen, der sich weiter als sonst von seinem hohen Herrn entfernte, von dem mit einer Flinte bewaffneten Sohne des Oberförsters durch einen Schuß niedergestreckt wurde. Es existirt nun wohl das Jagdgesetz, daß Hunde auf jagdbarem Felde ohne Begleitung nicht zu dulden sind. Als sehr auffallend muß sich, wie in der Zuschrift bemerkt wird, die vorgenannte Affaire aber trotzdem insofern erweisen, als die Hunde der Prinzlichen Familie doch in dortiger Gegend von jedem Kind gekannt werden und der Sohn des Oberförsters einige Minuten vor dem Schuß an den Hoheiten vorüberging, was ihn doch auf den Gedanken hätte bringen können, daß der Hund zu dem Prinzen gehöre. Se. Kgl. Hoh. soll empört über den Vorfall sein.

— Der Oberhofmeister Ihrer Maj. der Königin, Geh. Rath v. **Lüttichau** ist gestern Vormittag nebst Gemahlin wieder in Dresden eingetroffen.

— Der frühere russische Gesandte in Dresden, jetzige kaiserl. russische Botschafter in Konstantinopel, Wirkl. Geh. Rath v. **Nelidow** ist gestern Vormittag über Wien von Livadia hier eingetroffen und im Viktoriahotel abgestiegen. Derselbe wird sich einige Tage hier aufhalten und dann seine Reise nach Kissingen fortsetzen.

— Mit dem gestrigen Tage ist auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes das **sächsische Landesversicherungsamt** in Wirksamkeit getreten. Zum Vorsitzenden wurde Geh. Regierungsrath Böttcher und zu ständigen Mitgliedern Geh. Regierungsrath Bodel und Geh. Finanzrath Hoffmann ernannt. Ferner sind bis zum Zustandekommen der Wahl der nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamtes durch die Genossenschaftsvorstände und die Vertreter der versicherten Arbeiter von der Staatsregierung Hauptmann und Intendanturrath Franke in Dresden, Finanzrath in der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Zieger in Dresden, Kgl. Leopold Offermann in Leipzig, Vorsitzender der Sächs.

Friedrich & Glöckner Zwingerstrasse 15 — Schäferstrasse 74 — und Löbtau. Lacke, Firnisse, Farben, als Specialität: Streichrechte Oelfarben.